

Weltklimarat gesteht Fehler bei Prognose

Kritik an den Geschäften von IPCC-Chef Pachauri

VON CHRISTIANE VON HARDENBERG
UND CHRISTIAN SCHÜTTE, BERLIN

Der Vizepräsident des Weltklimarats (IPCC) hat grobe Fehler bei den Prognosen über die Abschmelzung der Himalaja-Gletscher zugegeben. Die Vorhersage, die Gletscher würden bis 2035 quasi verschwinden, sei fehlerhaft und werde überprüft, sagte Jean-Pascal van Ypersele dem britischen Fernsehsender BBC in einem Interview.

Das IPCC reagiert damit auf Medienberichte, wonach die viel beachtete Gletscherprognose nicht auf wissenschaftlichen Daten beruht, sondern lediglich auf Aussagen in einem Zeitungsinterview. In einer Stellungnahme des IPCC heißt es, die entsprechenden Schätzungen über das Tempo der Abschmelzung sowie dem endgültigen Verschwinden seien „schlecht untermauert“. Die hohen IPCC-Standards seien „nicht angemessen eingehalten worden“. An der Gesamteinschätzung über den menschengemachten Klimawandel ändere dies aber nichts.

Unterdessen geht die Kritik an Verfahrensweisen des IPCC und den Aktivitäten des IPCC-Vorsitzenden Rajendra Pachauri weiter. So wirft der Hurrikanexperte Roger Pielke junior von der University of Colorado dem Klimarat vor, wissenschaftliche Arbeiten teilweise verzerrt darzustellen. Pielke, der sich in seinem Blog intensiv mit der Gletscheraffäre befasst, berichtet dort auch über eigene Erfahrungen mit dem IPCC.

Ein älterer Aufsatz, in dem er die steigenden Hurrikanschäden mit steigendem Wohlstand in Küstenregionen erklärt, sei im IPCC-Bericht zunächst mit dem Hinweis auf die Jahre 2004 und 2005 relativiert worden. Auf die Nachfrage eines Wissenschaftlers, was denn Pielke zu diesen neueren Daten sage, antwortete das IPCC dann sinngemäß: Er sehe das genauso. Eine Rücksprache fand aber nach Angaben Pielkes gar nicht statt. Das IPCC, so Pielke, „hat einfach eine irreführende und falsche Antwort zu meiner Position erfunden“.

IPCC-Chef Pachauri steht auch wegen der Geschäfte seines Forschungsinstituts Teri unter Druck. Britische Zeitungen und Blogger haben Pachauri vorgeworfen, seine ehrenamtliche Tätigkeit beim Weltklimarat mit den finanziellen Interessen von Teri zu verquicken.

Das Institut, das weltweit rund 800 Mitarbeiter beschäftigt, finanziert sich vor allem über Forschungsprojekte und Joint Ventures. Der Gletscherforscher Sayed Hasnain, der in einem Interview vor über zehn Jahren die Spekulation über rasch schmelzende Himalaja-Gletscher in die Welt gesetzt hatte, arbeitet heute für Teri.



Enttäuschte Hoffnung: Als ein Radiosender fälschlich berichtete, Kanada verteilte Visa an haitianische Erdbebenopfer, strömten Tausende zur kanadischen Botschaft

Kein Einlass für Erdbebenopfer

Die USA helfen großzügig in Haiti. Eine weitere Flüchtlingswelle aus dem erdbebenzerstörten Land wollen sie aber verhindern. Militärflugzeuge warnen potenzielle Bootsflüchtlinge vor der gefährlichen Reise

SABINE MUSCAT
UND HANS-ULRICH DILLMANN

Wer schon im Land ist, hat Glück gehabt. Vor der katholischen Kirche in Little Haiti, einem Stadtteil von Miami, stehen Hunderte Haitianer Schlange, die nach dem Erdbeben in ihrer Heimat ein Bleiberecht in den USA bekommen sollen. Ab heute können die bis zu 200.000 Haitianer, die illegal in den USA leben, temporäre Aufenthaltsgenehmigungen beantragen. Gleichzeitig bemüht sich die Regierung in Washington allerdings zu verhindern, dass weitere Haitianer aus ihrem erdbebenzerstörten Land in die USA fliehen.

Schon vor dem Beben waren die USA ein bevorzugtes Ziel haitianischer Bootsflüchtlinge. Nach Krisen wie etwa den Unruhen, die 2004 zum Sturz des damaligen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide führten, schwoll der Strom oft zu Flüchtlingswellen an. Die USA müssten die Schwelle für Erdbe-

benopfer aus Haiti jetzt weiter senken, fordern Ärzte in Florida, die bereit wären, Verletzte zu behandeln, wenn das State Department diesen Visa ausstellen würde.

Doch die Regierung versucht, die Haitianer von der Idee abzubringen, über das Meer in das rund 1200 Kilometer entfernte Florida zu fliehen. So kreisen der „New York Times“ zufolge US-Flugzeuge über dem Land und senden eine Radiobotschaft: „Hören Sie zu, eilen Sie nicht auf Boote, um das Land zu verlassen“, teilt Haitis Botschafter in Washington, Raymond Joseph, seinen Landsleuten darin mit. „Falls Sie glauben, dass Sie die USA erreichen und dass die Tore dort weit offen sein werden, das ist nicht der Fall.“

Noch haben sich offenbar keine Scharen von Haitianern auf den Weg gemacht. Auch die Dominikanische Republik, die auf dem Landweg zu erreichen ist, vermeldet noch keine Flüchtlingsströme. Das könnte sich aber schnell ändern, wenn die Versorgungslage verzweifelter wird. Um die Stadt Gonaïves im Norden Haitis leben ganze Dörfer davon, einfache Barkassen zu bauen, die für den Transport von illegalen Migranten Richtung USA genutzt werden.

Die Überfahrt ist extrem gefährlich. Nur wenige Boote halten der Hochseestrecke stand. Die Menschen kauern oft tagelang mit knappen Lebensmitteln- und Wasservorräten auf dem Boden des Bootes. „Es war die Hölle“, sagt Antoine Jo-

seph, ein 35 Jahre alter Arbeitsloser, der vor einem Jahr beim Versuch, in die USA auszuwandern, Schiffbruch erlitten hatte und nach Haiti zurückgeschickt worden war. „Aber ich würde es wieder versuchen.“

Ein Massenexodus auf Booten wäre auch aus Sicht einwanderungsfreundlicher Gruppen in den USA die schlechteste aller Varianten. „Die Menschen würden sich dabei in Gefahr bringen, und unser System wäre bei ihrer Ankunft

überfordert. Wichtig ist, dass wir den Haitianern helfen, ihr Land wieder aufzubauen“, sagt Jeanne Butterfield von der US-Bürgerrechtsorganisation National Immigration Forum.

Doch schon die Vergabe des TPS-Status (Temporary Protected Status) an die bereits in den USA lebenden Haitianer lässt in den USA nun wieder die generelle Debatte über das Pro und Kontra von Einwanderung hochkochen. Der TPS-Status wird vergeben, wenn Einwanderer wegen einer Krise in ihrem Herkunftsland nicht abgeschoben werden. Er ist auf 18 Monate befristet und kann verlängert werden, wenn sich die Situation nicht verbessert. Das gilt etwa für Einwanderer aus Sudan, Somalia und Honduras. „Es ist ein notwendiges Instrument, aber so wie es derzeit strukturiert ist, funktioniert es als permanente Amnestie für jeden, der ‚glücklich‘ genug ist, aus einem Land zu kommen, das unter einer Katastrophe leidet“, schreibt Mark Krikorian, der Direktor des einwanderungskritischen Center for Immigration Studies auf der Internetseite der Organisation.

Ob die US-Behörden eine Flüchtlingswelle aus Haiti verhindern können, ist zweifelhaft. Während der Krise 2004 versuchte die US-Marine, den Seeweg nach Florida mit ihren Schiffen abzuriegeln. Vergeblich: Tausende gelangten trotz des fast hermetischen Kordons mit ihren meist primitiven Booten bis an die US-Küste. MIT AP

Schweres Nachbeben

Panik Ein heftiger Erdstoß hat gestern Haiti erschüttert und die Menschen in Panik versetzt. Gegen 6 Uhr Ortszeit bebte die Erde, Leute seien schreiend auf die Straßen gerannt, berichteten Augenzeugen. Das Epizentrum des Bebens mit der Stärke 6,1 lag 60 Kilometer südwestlich von Port-au-Prince. Über Opfer und Schäden wurde zunächst nichts bekannt.

Traurige Bilanz Laut einem Bericht der EU-Kommission sind nach dem verheerenden Erdstoß der vergangenen Woche bislang 80.000 Haitianer beerdigt worden. Zwei Millionen seien derzeit obdachlos. Insgesamt soll die Zahl der Opfer schätzungsweise 200.000 betragen. Internationale Suchtrupps konnten bisher immerhin 121 Menschen lebend aus den Trümmern bergen. SIMON SCHÄFER

Schelewa tritt auch als Außenministerin zurück

Bulgariens Verteidigungsminister Nikolaj Mladenow (37) übernimmt das Amt der zurückgetretenen Außenministerin Rumjana Schelewa. Das berichtete der Staatsrundfunk gestern, nachdem Regierungschef Bojko Borisow dem Rücktritt Schelewas auch als Außenministerin zugestimmt hatte. Mladenow ist seit Ende Juli 2009 Minister in der konservativen Regierung in Sofia. Zuvor war er EU-Parlamentarier gewesen. Neuer Verteidigungsminister wird Mladenows Stellvertreter, General Anju Angelow. Beide müssen noch vom nationalen Parlament bestätigt werden. Mladenow wurde vor einer Woche als möglicher EU-Kommissar aus Bulgarien genannt, nachdem die ursprünglich designierte Kandidatin Schelewa massiv in die Kritik geraten war. Schelewa hatte sich erst am Vortag zurückgezogen, da ihr falsche Angaben über private Geschäfte sowie unzureichendes Fachwissen vorgeworfen worden waren. Die neue bulgarische Kommissions-Anwärterin Kristalina Georgiewa (56) war zuletzt Vizepräsidentin bei der Weltbank. DPA

Russischer Journalist stirbt nach Polizeiprügeln

In Russland ist ein von Polizisten verprügelter Journalist gestorben. Der 47-Jährige war Behörden und Medienberichten zufolge am 4. Januar mit schweren inneren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Zu vor sei er in der Ausnüchterungszelle der Polizei in der sibirischen Stadt Tomsk von einem Beamten zusammengeschlagen worden. Behördenangaben zufolge erwarde der Journalist nicht mehr aus dem Koma. Der 26-jährige Polizist gestand laut Medienberichten, den Mann verprügelt zu haben. Der inzwischen entlassene und angeklagte Beamte habe als Grund Stress angegeben. REUTERS

Haft für vietnamesische Menschenrechtler



Der prominente Menschenrechtsanwalt **Le Cong Dinh** (r.) und drei weitere Demokratieaktivisten sind am Mittwoch in Vietnam zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Das Oberste Gericht in Ho-Chi-Minh-Stadt warf ihnen versuchten Umsturz der Regierung vor. Ausländische Diplomaten, die die Urteilsverkündung in einem Nebenraum verfolgten, protestierten scharf gegen die harschen Strafen. Schon im Vorfeld hatten viele Regierungen und Menschenrechtsgruppen massiv Kritik geübt. Der 41 Jahre alte Dinh und der Computerspezialist Nguyen Tien Trung hatten „gestanden“, für die verbotene Demokratische Partei Vietnams gearbeitet zu haben. Sie setzt sich für ein Mehrparteiensystem im sozialistischen Vietnam ein. Dinh gab zu, im Frühjahr 2009 an einem Seminar in Thailand über friedliche politische Oppositionsarbeit teilgenommen zu haben. Er wurde zu fünf Jahren, Trung zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die Verurteilten sollen nach dem Gefängnis noch für mehrere Jahre unter Hausarrest gestellt werden. DPA

Kenias Agrarministerium gibt Bauern Tipps per SMS

Kenianische Bauern können sich ab sofort per SMS beraten lassen, welche Maissorten sie wann pflanzen. Wie die Zeitung „Daily Nation“ gestern berichtete, können die Landwirte sich außerdem darüber informieren, welches Agrarunternehmen noch geeignete Samen vorrätig hat. „Die Bauern können so die optimalen Maissamen für ihre Region und ihren Boden bekommen“, sagte Washington Otieno von der nationalen Agrarbehörde. Die Bauern schicken eine SMS-Anfrage mit dem Namen ihres Dorfes oder ihrer Region. In der Antwort erhalten sie Informationen über die für den dortigen Boden und die aktuellen Wetterverhältnisse optimale Saat. Das Landwirtschaftsministerium verspricht sich davon eine deutlich erhöhte Maisproduktion in dem armen ostafrikanischen Land. DPA

Mexiko scheitert im Kampf gegen Drogenmafia

Gewalt im Land nimmt zu · Regierung feiert spektakuläre Festnahmen · Mächtigstes Kartell bleibt verschont

VON MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Trotz spektakulärer Erfolge der Sicherheitskräfte gelingt es Mexiko nicht, die Drogenmafia zu rückzudrängen. Sechs wichtige Mafiabosse gingen den Behörden in den vergangenen zwei Jahren ins Netz. Darunter etwa Arturo Beltrán Leyva, der „Chef der Chefs“, der im Dezember bei einem Feuergefecht mit der Armee starb. Zuletzt nahmen Polizei und Armee den blutrünstigen Auftragskiller Teodoro García, bekannt als „El Teo“, fest.

Edgardo Buscaglia, Experte für organisiertes Verbrechen vom Autonomen Technologischen Institut Mexikos, bedrückt diese Erfolge allerdings nicht: „Die Festnahmen allein nützen nichts. In den vergangenen sechs Jahren wurden 53.174 Personen aus dem organisierten Verbrechen festgenommen. Doch es gibt null Fortschritt.“

Auf den ersten Blick sind Mexiko endlich große Schläge gegen die Mafia gelungen. 300 Morde legt die Staatsanwaltschaft allein García zur

Last. Zweifelhaften Ruhm erlangte er durch die von ihm perfektionierte Methode, Leichen seiner Opfer in Säure aufzulösen. Dazu widmete er sich dem Drogenschmuggel, Entführungen und Lösegelderpressungen. 1,4 Mio. € Belohnung waren für seine Ergreifung ausgesetzt.

Garcías Festnahme schwächt die Mafia aber ebenso wenig wie der Tod Beltrán Leyvas. Sie kontrolliert heute 90 Prozent des weltweiten Kokainhandels. Mexikos Bosse sind

in 47 Ländern tätig und erwirtschaften Schätzungen zufolge mindestens 25 Mrd. \$ Jahresumsatz. Michael Braun, ehemaliger Operationschef der US-Antidrogenbehörde DEA, glaubt, Mexikos Kartelle seien inzwischen „zu einer Bedrohung für die Sicherheit der Institutionen Mexikos und jedes anderen Landes geworden“.

Besonders mächtig geworden ist das Kartell von Sinaloa von Joaquín Guzmán, bekannt als „El Chapo“

(der Kurze). Er kontrolliert schätzungsweise 45 Prozent des Drogenhandels. Seit Guzmán 2001 aus einem Hochsicherheitsgefängnis floh, hält sich das Gerücht, er genieße den Schutz der Regierung. Denn 45.000 Soldaten und Bundespolizisten hat Präsident Felipe Calderón in seinen Krieg gegen die Drogen entsandt. Doch es gelang nicht, den „Kurzen“ festzunehmen.

Neue Statistiken des Forschers Buscaglia zeigen, wie selektiv Mexiko die Mafia bekämpft. Von den über 53.000 Festnahmen entfallen nur 941 auf Mitglieder von Guzmáns Sinaloa-Kartell. Buscaglias Erklärung: „Die Regierung zielt auf die schwächsten Gruppen. Das organisierte Verbrechen konsolidiert sich so um das Sinaloa-Kartell. Sie hoffen wohl, dass sie dann mit dieser einen Gruppe eine Art Waffenstillstand verhandeln können.“ Das werde aber nicht funktionieren, glaubt Buscaglia. Der Staat sei dafür zu schwach.

Guzmáns Aufstieg an die Spitze der mexikanischen Mafia begann

Dicke Fische



Killer Bis zu seiner Verhaftung vergangene Woche terrorisierte **Teodoro García** vor allem die Stadt Tijuana an der Grenze zu Kalifornien. Mit un-



Chef Die Freude über den Tod von Mafiaboss **Arturo Beltrán Leyva** vergangene Dezember währte nur kurz. Sein Kartell rächte sich mit beispiellos grausamer an den Familien der an dem tödlichen Schusswechsel beteiligten Polizisten.